

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 2. VIERTELJAHR 1961

Die wirtschaftliche Entwicklung war auch im Frühjahr 1961 durch das Andauern der konjunkturellen Expansion gekennzeichnet. Dies erlaubte den amtlichen Stellen und den Wirtschaftsforschungsinstituten sogar, die für 1961 vorausgeschätzte Wachstumsrate des Sozialprodukts um 1 vH höher als bei früheren Schätzungen anzunehmen. Nunmehr wird mit einer Zunahme um mindestens 10 vH — gegenüber 11,3 vH im Jahre 1960 — gerechnet. Das bedeutet, daß auch für den weiteren Jahresverlauf kein wesentliches Nachlassen der Hochkonjunktur erwartet wird.

Vorerst, das heißt in den Frühjahrsmonaten, wurde die überaus günstige konjunkturelle Entwicklung sogar noch durch den jahreszeitlich üblichen (saisonalen) Aufschwung verstärkt. Wenn dieser allerdings nicht ganz so stark wie in früheren Jahren war, dann liegt dies in erster Linie daran, daß der jahreszeitlich bedingte Produktionsrückgang in den Wintermonaten in diesem Jahr schwächer war als jemals zuvor. Die Bemühungen um eine bessere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten auch im Winter sind nicht ohne größere Erfolge geblieben.

Die stärksten Antriebskräfte gehen nach wie vor von der Investitionstätigkeit aus. Daneben ist die Auslandsnachfrage trotz der Aufwertung und unbeschadet eines erstmals im März und April ¹⁾ beobachteten merklichen Nachlassens ein ausschlaggebender Träger der Hochkonjunktur geblieben. Im übrigen ist es noch zu früh, um ein sicheres Urteil über die Auswirkungen der Aufwertung abgeben zu können. Erfreulich ist, daß sich der private Verbrauch, der von den großen volkswirtschaftlichen Nachfragefaktoren im bisherigen Konjunkturablauf am meisten zurückgeblieben war, allmählich der durchschnittlichen Entwicklung des Sozialprodukts angleicht. Hierzu haben vorwiegend die seit dem Sommer des vergangenen Jahres nicht unbeträchtlich angestiegenen Zuwachsraten bei den Löhnen und Gehältern beigetragen.

Allmähliche Beruhigung der Nachfrage

Die Nachfrage nach Industriewaren zeigte in den letzten Monaten mehr und mehr beruhigende Tendenzen. Im Durchschnitt der Industrie wird dadurch — bei unverändert hohem Produktionswachstum — allmählich ein Ausgleich zwischen den Auftragseingängen einerseits und den Produktions- und Absatz-

möglichkeiten andererseits hergestellt. In der gesamten Industrie überstieg der Wert der Bestellungen den gleichzeitigen Umsatzwert im Januar 1961 noch um 8 vH, im Februar um 4 vH, im März um 3 vH, während im April die Bestellungen etwa den Umsätzen entsprachen, so daß der Überhang der Nachfrage kaum mehr gewachsen ist. Anders ausgedrückt, sind die *Auftragsbestände* im April kaum noch angestiegen. Hierzu hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in seinem neuesten Konjunkturbericht (WWI-Mitteilungen, Heft 5/6 1961) eine gut aufgegliederte Statistik der Auftragsbestände vorgelegt, die eine Einschätzung der vielfach von Branche zu Branche großen Unterschiede erlaubt. Danach ist der Auftragsbestand im April selbst in den Investitionsgüterindustrien nicht mehr gewachsen. Er entsprach hier in diesem Monat ebenso wie im März 5,7 Monatsproduktionen. Im Maschinenbau ging der Auftragsbestand sogar von dem allerdings sehr hohen Niveau von 8,5 Monatsproduktionen auf 8 zurück, während er in der elektrotechnischen Industrie noch von 4,8 auf 5 Monatsproduktionen zunahm. Auch im Fahrzeugbau war im April eine weitere Erhöhung auf einen Stand, der 5,3 Monatsproduktionen entsprach, zu verzeichnen gewesen.

Beachtlich ist, daß die *Auslandsbestellungen* im Bereich der Investitionsgüterindustrien im März und April seit langem zum ersten Mal im Vergleich zum Vorjahrsmonat zurückblieben, und zwar um 8,9 bzw. 4 vH. Das Bundeswirtschaftsministerium schreibt dies der Aufwertung zu, und vermutlich hat es damit recht. Offen bleibt aber die Frage, ob diese Entwicklung anhalten wird oder ob es sich nur um eine kurzfristige Periode vorsichtigeren Disponierens handelt, bis sich je nachdem neue Preise eingespielt oder die Exporteure zu Preiszugeständnissen, die im vollen Maße der Aufwertung entsprechen, bereit gefunden haben.

Im Durchschnitt der gesamten Industrie unterschritten die Exportaufträge im April das Vorjahrsergebnis um 3 vH, während die Inlandsbestellungen fast ebenso hoch waren wie im April des vergangenen Jahres. Zum Teil mag die Abschwächung des inländischen Nachfragedrucks auf eine Zurückhaltung der Unternehmer in der Bildung und Auffüllung der Vorratslager zurückzuführen sein, zumal nach Angaben der Bundesbank die Vorratshaltung im vorigen Jahr „in vielen Bereichen weit mehr gewachsen (war) als die Umsätze oder die Produktion“ (Monatsbericht, April 1961, S. 36). Die Lagerinvestitionen wirken demnach gegenwärtig im ganzen entlastend auf die Konjunktur.

¹⁾ Dieser Bericht wurde am 15. Juni 1961 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Monat April 1961 vor.

Im einzelnen dürfte diese Feststellung allerdings auf die Bekleidungs- und Schuhindustrie nicht zutreffen. In diesen Wirtschaftszweigen sind nämlich in letzter Zeit bei den Auftragseingängen die größten Wachstumsraten überhaupt zu verzeichnen gewesen, im März z. B. gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat mit 34 bzw. 25 vH. Die Lagerauffüllung erfolgt bei den Bestellern auf Grund einer ungewöhnlich guten Umsatzentwicklung, die mehrfach bereits als eine neue „Bekleidungsstufe“ bezeichnet wird. Der Einzelhandelsumsatz an Überbekleidung stieg z. B. in den beiden Monaten vor Ostern im Februar um 33 vH und im März sogar um 45 vH, der Umsatz an Schuhwaren um 34 und 36 vH an.

Erstaunlich hohe Produktionselastizität

Seit ungefähr anderthalb Jahren überrascht es die Konjunkturbeobachter immer wieder aufs neue, wie anpassungs- und ausweitungsfähig die westdeutsche Industrieproduktion ist. In den ersten vier Monaten dieses Jahres war die Industrieproduktion um rund 9 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Im März und April betragen die Jahres-Zuwachsraten 7,3 und 7,7 vH. Das entsprach dem Produktionswachstum im vierten Vierteljahr 1960, während die — mit durchschnittlich 10,5 vH — höhere Wachstumsrate der Monate Januar und Februar 1961 ein Ausdruck dafür ist, daß in diesem Jahr der winterliche Produktionsrückgang nicht mehr so stark war wie in den vergangenen Jahren.

Auch in den einzelnen industriellen Bereichen schließt sich die Entwicklung im März und April an die des vierten Vierteljahres 1960 an. Die Industrieproduktion nahm — arbeitstäglich gerechnet — vom April 1960 bis zum April 1961 im Bergbau um 1,2 vH (1. Vj. 1960/61: 1,8 vH), in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um 7,5 vH (8,7 vH), in der Investitionsgüterindustrie um 12,2 vH (13,4 vH), in der Verbrauchsgüterindustrie um 7 vH (6,8 vH) und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 3,4 vH (5,5 vH) zu. An der Spitze des Produktionswachstums standen im April, ebenso wie in den vorangegangenen Monaten, die Mineralölverarbeitung (34,2 vH), die elektrotechnische Industrie (17,4 vH) und der Maschinenbau (15,3 vH).

Immer noch starke Anspannung auf dem Baumarkt

Auf dem Baumarkt ist die Lage auch in den letzten Monaten angespannt geblieben, und es ist unverkennbar, daß auch weiterhin namentlich die Nachfrage nach Hochbauleistungen die Produktionsmöglichkeiten erheblich

übersteigen wird. Das läßt sich jedenfalls aus der Statistik der von den Baupolizeibehörden genehmigten Hochbauten eindeutig herauslesen. Die im Hochbau erteilten Baugenehmigungen waren — gemessen in cbm umbauten Raums — im ersten Vierteljahr 1961 um rund 16 vH und im April sogar um ein Drittel höher als in den gleichen Vorjahrszeiträumen. Dabei waren die realen Wachstumsraten im Wohnungsbau, wie bereits seit einiger Zeit, mit 11 vH im ersten Vierteljahr und 21 vH im April am niedrigsten, im gewerblichen Bau betragen sie demgegenüber 17 bzw. 42 vH und im öffentlichen Hochbau sogar 36 bzw. 85 vH. Es ist freilich durchaus möglich, daß zu dem enorm starken Anstieg im April Reaktionen der Bauherren auf damals groß aufgemachte Meldungen über einen angeblich bevorstehenden Baugenehmigungsstop beigetragen haben.

Im Gegensatz zu der äußerst expansiven Nachfrageentwicklung wuchs die Produktion des Bauhauptgewerbes (Rohhoch- und Tiefbau) im April nicht mehr an. Damit setzte sich die stagnierende und sogar leicht rückläufige Entwicklung des zweiten Halbjahres 1960 fort. Sie war nur durch die Erfolge der Winterbaumaßnahmen im ersten Vierteljahr 1960, die zu einer Jahres-Zuwachsrate von 16,2 vH geführt hatten, unterbrochen worden.

Es ist demnach nicht verwunderlich, daß von Zeit zu Zeit Vorschläge in den Mittelpunkt der konjunkturpolitischen Diskussion rücken, die den Baumarkt weitgehend von dem Druck einer überhöhten Nachfrage befreien wollen. Einige von ihnen haben auch zu entsprechenden Maßnahmen geführt. Hierzu gehören Beschlüsse, die den Finanzministern des Bundes, und einiger Länder, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, das Recht geben, die Freigabe von Mitteln für öffentliche Hochbauvorhaben konjunkturpolitisch zu steuern. So begrüßenswert diese Regelungen im einzelnen auch sein mögen — zumal wenn sie nicht nur auf zivile Bauten beschränkt bleiben, sondern auch militärische Objekte einschließen —, sie sind dennoch nicht mehr als „ein Tropfen auf einen heißen Stein“, wenn nicht noch weitere nachfragedämpfende Maßnahmen getroffen werden. Es sei denn, man würde auch die großen Posten im öffentlichen Hochbau, namentlich die Schulbauten, oder etwa die noch längst nicht den Bedarf deckenden Krankenhausneubauten einschränken. Von den im ersten Drittel 1961 genehmigten öffentlichen Hochbauten entfielen immerhin dem Wert nach 58 vH und dem Volumen (cbm umbauter Raum) nach 53 vH auf Schulen und Anstaltsbauten, wie Krankenhäuser. Diese Bauten einzuschränken, wäre aber u. E. nicht gerechtfertigt, schon gar nicht, solange die sich stark ausweitende Nachfrage der Unternehmer nach Bauleistungen keiner Einschränkung unterliegt. Die Bundesbank hat

(in ihrem Monatsbericht vom April 1961, S.33) festgestellt, daß der kräftige Aufwärtstrend im Bereich des gewerblichen Baues nicht nur mit „dem Bedarf an Neubauten als Voraussetzung für die Erweiterung der Produktionsanlagen“ zusammenhängt. „Außerdem spielt eine Rolle, daß die gute Ertragslage der Unternehmen die Inangriffnahme auch weniger dringlicher Vorhaben erlaubt, zumal bei den aus eigenen Mitteln finanzierten Bauten die Zinsbelastung, soweit sie als rein kalkulatorischer Posten überhaupt in Rechnung gestellt wird, nur fiktive Bedeutung hat. Namentlich die starke Zunahme der Planung und Genehmigung von Bürogebäuden dürfte mit den zuletzt genannten Gründen zusammenhängen.“

Konjunkturpolitische Steuerung der Baugenehmigungen?

Bei diesen Gegebenheiten scheint uns die seit einem Jahr mehrfach erörterte Einführung eines *konjunkturpolitisch* ausgerichteten Baugenehmigungsverfahrens nach wie vor am meisten geeignet zu sein, die Nachfrage auf dem Bauparkt an das Angebot anzugleichen. Obwohl die Einführung eines solchen Verfahrens vom Bundeswohnungsministerium angeregt worden war, lehnte sie das Bundeskabinett jedoch ab. Das mag vornehmlich ideologische Gründe gehabt haben; die vorgebrachten sachlichen Einwände waren allesamt nicht sonderlich überzeugend. Bei dem konjunkturell ausgerichteten Baugenehmigungsverfahren handelt es sich jedenfalls um ein relativ anpassungsfähiges konjunkturpolitisches Steuerungsmittel „der leichten Hand“, das u. E. durchaus vereinbar mit einer sozialen Marktwirtschaft und das keinesfalls dem im März ebenfalls vom Bundeswohnungsministerium vorgeschlagenen, inzwischen aber verworfenen Baugenehmigungsstopp gleichzusetzen ist. Diese Pläne sahen eine drei- bis viermonatige Sperre für alle Baugenehmigungen vor, nur der soziale Wohnungsbau wäre unter Umständen herausgenommen worden. Ein solcher allgemeiner Baugenehmigungsstopp ist in der Tat ein grobes, primitives Mittel, und es bestätigt sich erneut die Erfahrung, daß derjenige, der — sei es aus ideologischen oder interessegebundenen Motiven — die Anwendung leichter Lenkungsmittel verabscheut, sich in einer späteren Entwicklungsphase nicht anders als durch nun wirklich zweifelhafte dirigistische Maßnahmen helfen zu können glaubt.

Zur Beruhigung der Baukonjunktur kann neben nachfragedämpfenden Maßnahmen natürlich auch eine Erhöhung der Bauleistungen beitragen. Hierbei wirkt sich allerdings der allgemeine Arbeitskräftemangel insofern ungünstig aus, als das Baugewerbe nur mit Mühe seinen Beschäftigtenstand halten kann. Um so bedeutsamer sind deshalb die Rationalisierungsmaßnahmen für einen Anstieg der Bauleistungen. Daß hierbei im letzten Jahrzehnt Erfolge erzielt wurden, die vor dem Krieg im Baugewerbe noch für unmöglich gehalten wurden, geht aus Angaben des Bundeswohnungsministeriums hervor: Im Baugewerbe wurde 1960 im Vergleich zu 1950 mit einer um knapp 50 vH höheren Beschäftigtenzahl eine Leistung erzielt, die — in Preisen von 1950 gerechnet — um 150 vH höher war. Anders ausgedrückt, ist die Produktionsleistung je Beschäftigten in den zehn Jahren um fast zwei Drittel angestiegen, obwohl inzwischen auch die Arbeitszeit erheblich verkürzt wurde. Dennoch können in der Bauwirtschaft noch große Rationalisierungsréserven erschlossen werden, wie eine kürzlich von Prof. G. Burkhardt vorgenommene, die Verhältnisse in der Bundesrepublik und in den USA vergleichende Untersuchung zeigt²⁾. Das Baugewerbe der USA war im Jahre 1958 fünfmal stärker mechanisiert als das der Bundesrepublik. Das hatte zur Folge, daß in den USA eine vier- bis fünffache Jahresproduktion mit einer nur um die Hälfte höheren Beschäftigtenzahl erzielt werden konnte.

Starker Arbeitskräftemangel

Bei nahezu der Hälfte der Baufirmen war nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die Produktionstätigkeit im April durch das Fehlen von Arbeitskräften behindert. Allein die Bauwirtschaft hatte Ende April einen Arbeitskräftebedarf angemeldet, der höher war als die Zahl der Arbeitslosen am Ende des folgenden Monats Mai. Zu diesem Zeitpunkt waren 111 470 Personen als arbeitslos registriert. Das waren 41 700 weniger als ein Jahr zuvor, und sogar der Tiefstand des Jahres 1960 am Ende des Monats September wurde etwas unterschritten. Die Zahl der — den Arbeitsämtern gemeldeten — offenen Stellen betrug Ende Mai das Fünffache der Arbeitslosenzahl. Es ist kaum noch mit einem wesentlich niedrigeren Stand der Arbeitslosigkeit zu rechnen, da von den jetzt noch arbeitslos gemeldeten Personen der überwiegende Teil nicht mehr voll arbeitsfähig sein dürfte. Eine Zunahme der Beschäftigtenzahl ist infolgedessen hauptsächlich nur noch von einer noch stärkeren Berufstätigkeit der Frauen, einer größeren Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und der Zuwanderung aus Mitteldeutschland zu erwarten. So dürften von den 46 000 Flüchtlingen des 1. Vierteljahres 1961 rund 30 000 ein Beschäftigungsverhältnis eingegangen sein. Die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeiter ist von 276 000 Ende Juli 1960 auf 408 700 Ende März 1961 angestiegen, und es

2) Die Untersuchung ist in dem Organ der Rationalisierungsgemeinschaft Bau im RKW „Querschnitt“, März 1961, abgedruckt.

wird erwartet, daß sich diese Zahl im Laufe des Jahres auf 500 000 bis 600 000 erhöhen wird. „Die Qualität der Arbeitsleistung und das persönliche Verhalten der ausländischen Arbeitskräfte wird allgemein gelobt“, stellt die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in ihrem Mai-Bericht fest. „Insbesondere leisten sie als Facharbeiter im Baugewerbe, in kleinen Gruppen zusammengefaßt, Hervorragendes. Die Qualität der Arbeitsleistung anderer ausländischer Facharbeiter entspricht jedoch zunächst verständlicherweise oft nicht deutschen Ansprüchen, so daß es unvermeidlich ist, diese Kräfte eine längere Zeit erst einmal einzuarbeiten... Mit den Leistungen der Hilfsarbeiter sind die Unternehmer durchweg zufrieden... Bei den Männern stieg die Leistung spürbar, nachdem die Familienangehörigen nachgezogen und sie angemessen wohnlich untergebracht waren... Im allgemeinen ergaben sich keine Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften.“

Ausfuhrüberschüsse stiegen weiter an

„Eine der Ursachen für die besonders starken Spannungen am Arbeitsmarkt bildet der weiterhin hohe Export“, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Ende Mai herausgegebenen Bericht zur Wirtschaftslage. Denn auch nach der Aufwertung wird das Angebot auf den Inlandsmärkten dadurch eingeschränkt, daß erheblich mehr Waren ausgeführt werden, als zu gleicher Zeit aus dem Ausland zu uns hereinkommen. Im April, dem ersten vollen Monat nach der Aufwertung, wurden z. B. für 4,37 Md. DM Waren ausgeführt und nur für 3,64 Md. DM eingeführt, die Jahreszuwachsrate der Ausfuhr betrug 16,7 vH, die der Einfuhr nur 6,1 vH. Daraus ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 727 Mill. D-Mark. Insgesamt wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres für 2,65 Md. DM mehr Waren ausgeführt als wir zur gleichen Zeit einfuhrten, verglichen mit 1,69 Md. DM Ausfuhrüberschuß im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Die Einfuhr von Fertigwaren steigt allerdings überproportional an, so daß ihr Anteil an der Gesamteinfuhr laufend wächst. In den ersten vier Monaten dieses Jahres belief er sich schon auf etwas mehr als ein Drittel gegenüber 29,1 vH im gleichen Vorjahrszeitraum. Diese Entwicklung ist wegen ihres den Wettbewerb belebenden und Preisauftriebe dämpfenden Einflusses begrüßenswert.

Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, daß die *Einfuhrpreise* vom Februar bis April um 3,3 vH und vom April 1960 bis zum April 1961 um 5,8 vH gesunken sind. Ganz so erheblich ist diese Feststellung aber doch nicht. Denn soweit die Einfuhr-

waren in ausländischer Währung gehandelt werden, wie das z. B. auf den internationalen Märkten der Fall ist, ergab sich die Preissenkung automatisch aus der Aufwertung. Gleiches gilt für Flugreise-, Eisenbahn- und Schiffstarife. Viel interessanter ist aber die Frage, wie sich die Senkung der Einfuhrpreise auf die inländischen Erzeuger- und Verbraucherpreise auswirkt. Es ist sicherlich noch zu früh, um diese Frage beantworten zu können. Vorerst ist festzustellen, daß die industriellen Erzeugerpreise vom Februar bis zum April im ganzen unverändert blieben — im Vergleich zum gleichen Vorjahrszeitraum ergibt sich allerdings ein Anstieg um 2,1 vH. Die für den Endverbraucher wichtigen Preise für Hausrat, Bekleidung, sonstige Textilien und Schuhe erhöhten sich indessen von Februar bis April noch etwas. Der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt war im April um 2 vH höher als ein Jahr zuvor. Am stärksten stiegen allerdings die Baupreise für Wohngebäude an, nämlich innerhalb eines Jahres um 6,9 vH, dies, obwohl in der Zeitspanne nur eine tarifliche Lohnerhöhung von 5,6 vH erfolgte. Durch sie wären die Baupreise im ungünstigsten Fall um 2 vH angestiegen, tatsächlich dürfte sie aber durch den gleichzeitigen Produktivitätszuwachs mehr als ausgeglichen sein.

Erfolgreiche Lohnpolitik

An diesem Beispiel wird die von Arbeitgeberseite unablässig vorgetragene Behauptung, daß die Löhne die Preise hochtreiben, einmal mehr Lügen gestraft. Wenn in den letzten Monaten die Erlösmasse, aus der sowohl die Löhne gezahlt als auch die Gewinne gespeist werden, weniger anstieg als die Löhne und infolgedessen „ein Einbruch in die Gewinne gelungen sein“ muß, dann ist das „ein Erfolg, der einer einmaligen wirtschaftlichen Konstellation zu verdanken ist, und dem deswegen eine um so größere Bedeutung zukommt, weil die einzige Möglichkeit, die von der übersteigerten Unternehmensnachfrage ausgehende Überhitzung unter Kontrolle zu bringen, darin besteht, daß die übersteigerten Gewinne durch Lohnerhöhungen in Anspruch genommen werden“. (WWI-Mitteilungen, H. 5/6 1961, S. 105.) Falsch ist deshalb auch die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (in dessen Wochenbericht vom 21. April 1961) kritisierte Auffassung, „daß die Lohnpolitik der aufwertungsbedingten Einengung der Gewinnspanne im Export und der — wenigstens vorübergehend — verschlechterten außenwirtschaftlichen Konkurrenzsituation der inländischen Unternehmen Rechnung tragen müsse. Dabei wird nämlich übersehen“, stellt das Institut weiter fest, „daß gerade eines der beiden Ziele der Aufwertung darin besteht, zugunsten einer besseren Versorgung der

Inlandsmärkte die Einfuhr anzuregen und das Exportwachstum einzuengen. Zu geringe Lohnerhöhungen würden die durch die Aufwertung bewirkte Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsposition und der im Außenhandel erzielten Gewinnmargen der inländischen Wirtschaft aber wieder korrigieren, die Zahlungsbilanz-Zielsetzung der Aufwertung also wieder zunichte machen. Man geht wohl kaum fehl, wenn man unter Berücksichtigung der in diesem Jahr erzielbaren Produktivitätsfortschritte, der außenwirtschaftlichen Verpflichtungen und nicht zuletzt der kräftig gewachsenen Verbrauchsgüter-Kapazitäten eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Löhne und Gehälter im Rahmen der Zunahme des vergangenen Jahres (+ 9 vH brutto je Arbeitnehmer) für vertretbar ansieht.“ Dieser begrüßenswerten Stellungnahme des Wirtschaftsforschungsinstituts kann nur noch hinzugefügt werden, daß die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr inzwischen sogar noch etwas optimistischer vorausgeschätzt wird, wie die bereits erwähnte Heraufsetzung der für 1961 erwarteten Wachstumsrate des Sozialprodukts um 1 vH erkennen läßt.

Abschließend — und diesmal nur in wenigen Sätzen — ist über die *Notenbankpolitik* zu berichten, daß die Bundesbank im Berichtszeitraum den Weg weiter verfolgt hat, den sie im November vergangenen Jahres mit dem Kurswechsel von einer mehr konjunkturpolitisch orientierten zu einer vorwiegend an der Zahlungsbilanz ausgerichteten Politik eingeschlagen hatte. Der Diskontsatz wurde ab 5. Mai erneut um 0,5 vH auf 3 vH gesenkt, nachdem er bereits ab 10. November 1960 von 5 auf 4 vH, und ab 20. Januar dieses Jahres auf 3,5 vH ermäßigt worden war. Auch die Mindestreservesätze für reservspflichtige Inlandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute wurden erneut herabgesetzt, und zwar mit Wirkung vom 1. Juni um 10 vH ihres Standes vom Oktober 1959. Damit wurde ein Betrag von etwa 850 Mill. DM frei. Die Devisenabgaben der Banken (netto) waren im April geringer als in den Monaten zuvor. Der Grund liegt in starken Geldexporten der Banken. Zudem tilgte der Bund im April Nachkriegsschulden in Höhe von 3,1 Md. DM. Infolgedessen gingen die Währungsbestände im Laufe des Monats April von 31,4 auf 28,8 Md. DM zurück.

Günter Pehl